



Interviews

Die EU muss ihre Iran-Politik ändern

Dirk Müller im Gespräch mit Bijan Djir-Sarai, FDP-Generalsekretär

"Informationen am Morgen", 28.10.2022, 8:10 Uhr

Dirk Müller: Der Druck auf das Regime in Teheran nimmt zu. Das ist häufig zu hören und auch häufig zu lesen. Aber diese Lesart ist auch eine Frage der Perspektive. Es könnte auch so lauten: Der Druck auf die Bevölkerung im Iran nimmt weiter zu. Über 200 junge Frauen und Männer sind offenbar ums Leben gekommen, weil sie auf die Straße gegangen sind, weil sie protestiert haben, sich aufgelehnt haben gegen die Regierungspolitik. Zwölfjährige, 13jährige, 14jährige Kinder, Jugendliche gehören zu diesen Toten. Diese Proteste gehen seit 42 Tagen, ausgelöst durch den Tod der 22jährigen Masha Amini. Die Sicherheitsbehörden agieren und reagieren mit eiserner Härte, mit Gewalt.

Und der Westen? Was kann er, was soll er unternehmen? Unser Thema mit FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai. Er ist in Teheran geboren und im Alter von elf Jahren zu seinem Onkel nach Deutschland gekommen. Einen schönen guten Morgen.

Bijan Djir-Sarai: Guten Morgen! Ich grüße Sie.

Müller: Herr Djir-Sarai, wie groß ist die Ohnmacht?

Djir-Sarai: Sie meinen die Ohnmacht als Beobachter von hier?

Müller: Ja.

Djir-Sarai: Ja, in der Tat. Von hier aus kann man nicht viel machen. Aber man kann trotzdem einiges machen. Darüber können wir uns ja gleich unterhalten. Denn in dieser Situation ist auch die Solidarität gegenüber den Menschen, die im Iran auf der Straße sind, außerordentlich wichtig, und der Erfolg dieser Revolution wird auch davon abhängen, wie sich das Ausland verhält. Das heißt: Was werden die Vereinigten Staaten von Amerika machen? Was wird die Europäische Union machen? Werden sie ihre Politik gegenüber dem Regime, gegenüber der islamischen Republik verändern, ja oder nein? Das sind alles entscheidende Fragen, die auch eine große Rolle spielen werden, wie am Ende des Tages die Geschichte dieser Revolution weitergeschrieben wird.

Müller: Was wollen Sie, Konfrontation mit dem Regime?

Djir-Sarai: Nein, das hat mit Konfrontation nichts zu tun. Ich würde sagen, es wäre schon hilfreich, wenn man sich hier ehrlich machen würde, denn Europa braucht dringend eine neue Iran-Strategie. Das was bisher gemacht wurde, ist definitiv in die falsche Richtung gegangen. Insgesamt war die europäische Politik, die Iran-Politik der Europäischen Union in den letzten Jahren fokussiert auf das Thema Atomabkommen und das ist die falsche Strategie. Europa hat in den letzten Jahren die Situation der Menschenrechte im Iran nicht gewürdigt und Europa hat sich nicht mit

dem Raketenprogramm des Iran beschäftigt und übrigens auch nicht mit der Rolle des Irans in der gesamten Region, denn diese Rolle ist auch nicht konstruktiv.

Müller: Weil dieses Atomwaffen-Programm, sagen Sie, im absoluten Vordergrund stand, ist alles andere unter den Tisch gefallen?

Djir-Sarai: Ja, in der Tat! Es ist ja nur über das Atomabkommen gesprochen worden und es ist komplett in den letzten Jahren ignoriert worden, was dieses Regime mit den Menschen in der Region macht. Ich habe auch nie verstanden, warum die Europäische Union dieses Atomabkommen so in den Fokus der Politik legt, denn eins müssen wir uns doch fragen: Es kann doch nicht sein, wir müssen uns doch selbstkritisch hinterfragen in Europa, die Menschen in der Region selbst lehnen dieses Abkommen ab. Die arabische Welt lehnt dieses Abkommen ab. Israel lehnt dieses Abkommen ab und selbst die Menschen im Iran wollen dieses Abkommen nicht. Wer sind wir, dass wir glauben, dass wir besser wissen, was für diese Region gut ist? – Ich glaube, dass es hilfreich ist, ...

Müller: Das passiert ja häufiger.

Djir-Sarai: Ja, aber das soll ja nicht der Fall sein, und deswegen ist es gut, auch dringend den Blick Richtung Menschenrechte zu lenken.

Müller: Da möchte ich noch mal nachfragen. Das heißt, wenn ich Sie jetzt richtig deute, dass damals die Kündigung dieses Atomabkommens, dieser Verhandlungen, nein, des Abkommens auch von Donald Trump, was sehr, sehr umstritten war in Europa, was sehr stark kritisiert wurde, dass das richtig war?

Djir-Sarai: Wir sind damals alle, übrigens ich auch – ich bin 2015/16, ich bin damals davon ausgegangen, dass das Atomabkommen viele Probleme in der Region lösen wird und vor allem mit dem Abkommen der Iran wieder zurückkommen wird auf die internationale Bühne, im Prinzip zurück zu regelbasierter Politik. Das ist nicht passiert. Das Atomabkommen ist gekommen, Gelder sind geflossen, Sanktionen zurückgenommen worden. Und was hat der Iran mit dem Geld gemacht? – Die Führung in Teheran hat keine einzige Schule oder Krankenhaus gebaut, sondern sie hat im Grunde genommen das Geld nur genommen, um sich selbst zu stabilisieren, um gleichzeitig Terrororganisationen auf der Welt zu finanzieren, die Hisbollah im Libanon zu stärken und überall in der Region sogenannte iranische Proxys, proiranische, Pro-Regime-Kräfte in der Region zu unterstützen, gegen die Interessen der Europäischen Union.

Müller: Das war ja damals auch die Begründung aus Washington. Noch mal meine Frage: War das richtig, was die Amerikaner entschieden haben, was Donald Trump entschieden hat?

Djir-Sarai: Es ist aus meiner Sicht damals die richtige Entscheidung gewesen. Europa hätte zu dem Zeitpunkt gleichzeitig einen Strategiewechsel vornehmen müssen. Das hat Europa nicht gemacht, sondern es hat dann versucht, im Prinzip im Alleingang dieses Abkommen am Leben zu erhalten.

Noch mal: Die Idee, die theoretische Idee des Abkommens war richtig. Nur das Problem ist, dass viele Faktoren nicht ausreichend berücksichtigt wurden, wie beispielsweise das Thema Menschenrechte. Jetzt sind wir noch mal in einer speziellen Situation, denn wir können doch nicht ernsthaft Verhandlungen mit einem Regime führen, was von der eigenen Bevölkerung komplett abgelehnt wird und über keinerlei Legitimation verfügt.

Müller: Jetzt bin ich ein bisschen ratlos. Sie haben eben gesagt, keine Konfrontation. Ich hatte damit impliziert, weitere Sanktionen, schärfere Sanktionen, einen Strafmaßnahmenkatalog auf den Weg zu bringen, genauso wie man das gegenüber Russland im Moment ja tut und immer weiter tut. Die Wirkung ist freilich umstritten, nach wie vor. Was würden Sie vorschlagen bei diesem, von Ihnen geforderten Wechsel in Richtung Teheran? Was heißt das konkret in der Politik?

Djir-Sarai: Konkret bedeutet das, dass wir personenbezogene Sanktionen brauchen, Sanktionen, die nicht das iranische Volk treffen, sondern die Führung, im Grunde genommen Sanktionen, die die iranische Oligarchie

treffen. Das wäre ein richtiger Schritt in die richtige Richtung. Das, was die Europäische Union bis jetzt gemacht hat an personenbezogenen Sanktionen, das ist Symbolpolitik. Das reicht nicht aus, sondern hier muss entschieden vorgegangen werden. Übrigens ist es an der Stelle hilfreich zu schauen, was die Amerikaner machen und was die Kanadier machen. Die personenbezogenen Sanktionen dort sind umfassender, zielgenauer und konkreter.

Das wäre der erste Schritt und der zweite Schritt wäre die Aussetzung des Atomabkommens, denn in dieser Situation Verhandlungen zu führen, macht keinen Sinn.

Müller: Die Aussetzung der Verhandlungen?

Djir-Sarai: Ja, die Aussetzung der Verhandlungen, quasi des Atomabkommens JCPOA wäre in dieser Situation der richtige Zeitpunkt, der richtige Moment, weil ja auch dort keine Fortschritte erzielt werden und weil Verhandlungen in so einer Situation übrigens mit dem Regime völlig falsche Signale an die Demokratie- und Freiheitsbewegung im Iran geben.

Müller: Jetzt gibt es ja diese personenbezogenen Sanktionen bereits gegenüber vermeintlichen Führungsmitgliedern des Teheraner Regimes, wie auch Angehörige, wenn wir das richtig hier nachgelesen haben, der Revolutionsgarden. Jetzt haben wir den Religionsführer, Ali Chamenei, der mächtigste Mann; wir haben aber auch den iranischen Präsidenten ganz

offiziell, Ebrahim Raisi. Würden Sie auch gegen diese beiden Sanktionen verhängen?

Djir-Sarai: Die gesamte Führung, die gesamte Führung der Islamischen Republik, und man kann in der heutigen Situation übrigens auch sehr schnell und zügig nachvollziehen, wer im Iran in dieser Situation konkret für die Menschenrechtsverletzungen verantwortlich ist. Übrigens das konnte man auch schon früher.

Müller: Sanktionen auch gegen den Staatspräsidenten?

Djir-Sarai: Sanktionen gegen die gesamte Führung der Islamischen Republik. Das ist das, was die Menschen, diese mutigen Menschen, die gerade im Iran auf der Straße sind, erwarten.

Müller: Macht man bei Wladimir Putin ja auch nicht.

Djir-Sarai: Entschuldigen Sie bitte! Den Gedanken mache ich noch zu Ende. – Die mutigen Menschen, die gerade im Iran auf der Straße sind, sie wollen kein Regime Change von außen. Das ist ihr Land, das wollen die selbst regeln. Aber sie wollen auch Unterstützung, sie wollen Zeichen der Solidarität, und ich glaube, ein Zeichen der Solidarität wäre, sehr konkret diese personenbezogenen Sanktionen zu verabschieden und nicht nur Symbolpolitik zu betreiben.

Müller: Ich habe das bisher immer so verstanden, dass man nicht gegen die Staatsführung vorgeht, weil man dann keinen Ansprechpartner, keinen

Gesprächspartner hat. Das heißt, gegen Moskau passiert das ja auch nicht. Aber hier im Iran, in Teheran würden Sie es machen?

Djir-Sarai: Ich weiß nicht, warum Sie sich jetzt auf diesen Punkt konzentrieren.

Müller: Fällt mir nur gerade ein!

Djir-Sarai: Entscheidend ist doch jetzt, diese Menschen konkret zu unterstützen im Iran. Das ist auch nicht zu vergleichen mit dem Arabischen Frühling. Im Iran gibt es heute eine starke demokratische Zivilgesellschaft. Die Menschen, die dort auf der Straße sind, demonstrieren auch für unsere Werte, Demokratie und Freiheit. Jetzt geht es darum, pragmatisch und lösungsorientiert diese Menschen zu unterstützen, und da muss die Politik hingehen. Wir haben jetzt gerade gemeinsam besprochen, dass die Politik der Europäischen Union bis jetzt nicht hilfreich war und sogar kontraproduktiv war, und da wäre ein Wechsel der Strategie der Europäischen Union hilfreich gewesen.

Müller: Die Sanktionen der Amerikaner sind viel zielgerichteter, zielgenauer, haben Sie gerade gesagt, haben aber offenbar auch noch nicht so viel gebracht. Warum nicht?

Djir-Sarai: Das ist ja das, worüber wir uns jetzt unterhalten. Man will ja immer eine Hintertür für Gespräche offenlassen. Das ist doch völlig klar. Sie haben auch völlig zurecht gerade die Russland-Politik erwähnt, weil

man immer irgendwelche Diplomatiekanäle offenlassen will. Nur wir sind in einer Situation, wo viele Akteure in der Europäischen Union bewusst zurückhaltend sind, weil man das Atomabkommen oder den Erfolg des Abkommens nicht gefährden will, und das ist aus meiner Sicht genau der falsche Ansatz. Man kann in dieser Situation nicht ernsthaft daran denken, hier Verhandlungen wiederaufzunehmen. Deswegen muss man sich auch ehrlich machen und symbolische Sanktionen bringen uns nicht weiter, und das merken übrigens auch die Menschen im Iran. Ich bekomme sehr viel Feedback, was die personenbezogenen Sanktionen der Europäischen Union anbetrifft, aus der Bevölkerung im Iran, und das ist eher Verärgerung. Die empfinden das nicht als große Unterstützung Europas, sondern sie ärgern sich über diese symbolische Maßnahme der Europäischen Union.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.